

GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
Interessenvertretungen der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Doris Hülsmeier/
Burckhard Radtke
Telefon: 361 6332 / 2629

-Rundschreiben Nr. 12 vom 21. April 2011

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse im bremischen öffentlichen Dienst

- Zeitarbeit im bremischen öffentlichen Dienst
- Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Beschäftigten der öffentlichen Hand in Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

endlich kommt etwas Bewegung in die Sache:

Die Senatorin für Finanzen hat mit ihrem Rundschreiben Nr. 10/2011 und dem ergänzenden Brief von Staatsrat Henning Lühr an die Staatsräte (vgl. Anlagen) den Dienststellen einen zulässigen Rahmen für Zeitarbeit im bremischen öffentlichen Dienst aufgezeigt, der in etwa unseren Vorstellungen entspricht. Außerdem weist sie in dem Rundschreiben auf eine Entschließung der Bremischen Bürgerschaft hin. Danach soll allen Beschäftigten, die für die öffentliche Hand im Lande Bremen arbeiten, zukünftig ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt werden.

Jetzt ist es wichtig, dass eure Dienststellenleitungen euch mit den nötigen Informationen versorgen und einbeziehen bei der Umsetzung der Vorgaben des Rundschreibens. Wir sehen

Seite 1 von 2

Gesamtpersonalrat
für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25
28195 Bremen
Fax: 496-2215
E-Mail: gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Internet: www.gesamtpersonalrat.bremen.de



das als einen ersten Teil-Erfolg unserer hartnäckigen Auseinandersetzungen mit dem Senat. Wir halten an der Notwendigkeit einer gemeinsamen übergreifenden Regelung zwischen Gesamtpersonalrat und Senatorin für Finanzen fest.

Mit eurer starken Unterstützung aus der Personalräteversammlung vom 17.3.2011 „im Rücken“ haben wir Anfang April ein zweites Gespräch mit der Senatorin für Finanzen, Karoline Linnert, über unseren Dienstvereinbarungsentwurf zur Vermeidung prekärer Beschäftigung im bremischen öffentlichen Dienst geführt. Dabei wurde erneut deutlich, dass sie unser Verständnis von prekärer Beschäftigung nicht akzeptiert. Allerdings wurden diesmal einige Gemeinsamkeiten deutlich. Unseren Dienstvereinbarungsentwurf lehnt sie weiterhin ab. Stattdessen legte sie uns die Rundschreiben vor. Sie erklärte sich außerdem zu weiteren Gesprächen mit dem Gesamtpersonalrat bereit, um gemeinsame Sichten bezogen auf die unterschiedlichen Beschäftigungsformen auszuloten und sich auf eine geeignete Handhabe gegen nicht akzeptable Beschäftigungsverhältnisse zu verständigen.

Wir erwarten jetzt von der Senatorin für Finanzen einen Gesprächs- und Verfahrensplan. Im Rahmen unseres Arbeitskreises „Prekäre Beschäftigung“ werden wir euch informieren und in die Diskussionen einbeziehen.

Mit kollegialen Grüßen



Doris Hülsmeier
Vorsitzende

Anlagen